

„Horst Köhler betreibt zu viel Erbsenzählerei“

Die Föderalismusreform ist eine Hauptursache für fehlerhafte Gesetzesvorhaben der Bundesregierung. Dennoch sollte sich der Bundespräsident nicht so stark einmischen, sagt der Düsseldorfer Politologe Ulrich von Alemann

taz: Herr von Alemann, agiert Horst Köhler wie einst Reichspräsident Hindenburg, der Anfang der 30er-Jahre das Parlament allmählich entmachtete?

Ulrich von Alemann: Ich habe von diesem Vorwurf gelesen. Er ist abwegig. Es ist richtig, dass sich der Bundespräsident stärker in die Gesetzgebung einmischt als alle seine Vorgänger, aber dadurch wird die Bundesrepublik noch keine Präsidialrepublik wie Weimar.

Er mischt sich nicht nur ein, er kippt auch Gesetze. Das zur privaten Flugsicherung ebenso wie das Verbraucherinformationsgesetz. Ist das zulässig?

Das ist keine Frage der formellen Kompetenz, sondern eine des politischen Stils. Derzeit beschäftigt sich Horst Köhler zu viel mit Erbsenzählerei und das ist nicht seine Aufgabe.

Wie bitte?

Er beschäftigt sich mit Tagesproblemen, mit einzelnen Gesetzesdetails. Bundespräsidenten haben aber nicht die Aufgabe, sich um das Klein-klein im deutschen Gesetzgebungshickhack zu kümmern. Er soll sich mit Fragen von größerer, moralischer Tragweite befassen und dazu Stellung nehmen.

Was wäre eine solche Frage?

Beispielsweise wie es gelingen kann, soziale Gerechtigkeit mit einer Modernisierung der Gesellschaft zu verbinden.

Sie plädieren also für einen Grüßaugust?

Unsinn, ich will genau das Gegenteil. Horst Köhler soll keine bundesdeutsche Queen werden, die sich strikt aus politischen Dingen heraushalten muss. Aber für den Bundespräsidenten gilt

politisch, was juristisch in den USA für den Obersten Verfassungsgerichtshof gilt: Zurückhaltung in politischen Detailfragen.

Frühere Bundespräsidenten wie Johannes Rau oder Richard von Weizsäcker haben schönere Reden gehalten, aber Köhler hat politisch konkret etwas bewegt. Wenn Sie einen politischen Präsidenten wollen, muss Ihnen das sympathisch sein.

Diese Wahrnehmung von Rau und Weizsäcker ist falsch. Rau hat beispielsweise das Verhältnis von Deutschen und Migranten thematisiert und mit dafür ge-

oder zurückziehen, wie eben bei der Verbraucherinformation oder beim Nichtraucherschutz.

Diese Reform ist ein Desaster, das ist klar. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern ist derart undurchsichtig, dass sie offenbar eine gute Gesetzesarbeit erschwert. Egal ob Schwarz-Rot oder Rot-Grün regieren. Hinzu kommen noch Fragen der finanziellen Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Das ist teilweise noch nicht beschlossen und die Perspektiven sind hier so unklar, dass gravierende Fehlerquellen

gebung korrigiert ein anderes Verfassungsorgan, nämlich das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Dort ist auch mehr juristischer Sachverstand versammelt als im Präsidialamt.

Sollen Juristen die Arbeit der Politiker machen?

Nein. Aber auch unter diesem Vorzeichen: Das konkrete politische Handeln ist nicht Köhlers Aufgabe. Wenn man hier etwas verbessern will, sollte man beim Bundeskanzleramt anfangen. Dort ist die Ressortkoordination zu Haus, um die einzelnen Ministerien abzustimmen. Es kann doch nicht sein, dass die Regierung Gesetzesvorhaben voranbringen will und einzelne Ministerien hinterher daran zweifeln, ob diese Gesetze mit den in der Föderalismusreform ausgehandelten Kompetenzen der Länder vereinbar sind.

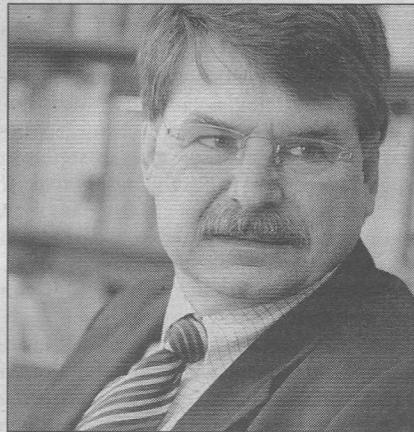
Dafür sind doch aber Animositäten zwischen SPD und CDU verantwortlich, oder?

Dabei geht es nicht um Parteistreitigkeiten. Am Nichtraucherschutz beispielsweise haben sowohl das rot geführte Justizministerium als auch das schwarz geführte Innenministerium gezweifelt.

Wie lässt sich das ändern?

Jedenfalls nicht mit einer stärkeren Rolle für den Bundespräsidenten, so hoffnungslos ist die Lage dann doch nicht. Stattdessen sollten Bund und Länder dann, wenn demnächst die finanziellen Fragen der Föderalismusreform verhandelt werden, auch bei der Verteilung von Kompetenzen nachbessern. Sonst bleibt diese Reform eine Problemquelle erster Güte.

INTERVIEW: DANIEL SCHULZ



ULRICH VON ALEMANN, 62, wurde in Thüringen geboren und studierte unter anderem Politikwissenschaft, Soziologie und Staatsrecht in Münster, Bonn und Kanada. Er leitet den Lehrstuhl für das politische System der BRD und Politische Theorie an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf. Von Alemann forscht und publiziert vorrangig zur deutschen Parteidemokratie, Gewerkschaften, Lobbyismus und Korruption in der Politik.

sorgt, dass dieses Thema im öffentlichen Bewusstsein angekommen ist. Und Weizsäcker hat die Deutschen klar als Verursacher des Zweiten Weltkrieges ausgemacht, als die sich noch gern zu Opfern stilisierten hätten.

Heute gibt es aber eine verkorkte Föderalismusreform, ständig muss die Regierung deshalb Gesetze nachbessern

für künftige Entscheidungen zu vermuten sind.

Da ist es doch geradezu notwendig, dass sich die Rolle des Bundespräsidenten ändert. Muss er nicht korrigierend auf die Fehlerwelle aus Berlin reagieren?

Nein, Köhler ist nicht der Libero für das Rumpelige Spiel der Regierung. Fehler in der Gesetz-

die taz vor 8 Jahren über die absurde Debatte zu Bill Clintons Sexabenteuern

Man sperre drei Dutzend Menschen eine Woche lang in einen Raum und lasse sie darüber beraten, ob ein Ereignis trivial oder von historischer Bedeutung ist. Der Raum verwandelt sich in ein Tollhaus. 5 Tage lang debattierten die 36 Mitglieder des Rechtsausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses darüber, ob der US-Präsident des Amtes enthoben werden sollte – wegen einer meineidigen Äußerung über sein Verhältnis zu Mo-

Die Beratungen fanden am gleichen Ort statt, an dem vor 24 Jahren die Anklage gegen Richard Nixon formuliert wurde. Dieser Präzedenzfall wurde ständig beschworen. Von den Demokraten, um zu beweisen, wie lächerlich sich Clintons Verfehlungen im Vergleich zu der Verschwörung Nixons ausnehmen. Von den Republikanern, um von den Demokraten zu verlangen, daß sie die gleichen Verfahrensregeln wie damals anwenden.

mehr war. Da erzählt etwa ein Abgeordneter, er habe in der Nacht vor der Abstimmung nicht schlafen können und sei am Vietnam Memorial vorbei und um das Washington Monument herum spaziert – als wüßte nicht jeder, daß im „freiesten Land der Welt“ mit seinem Leben spielt, wer nächstens durch die Straßen seiner Hauptstadt wandelt.

Immer wieder wurde die Verfassung dieses „großartigsten Landes der Welt“ wie ein Fetisch

dieses ganze Verfahren ein parteipolitischer Clinch ist, wie das Abstimmungsergebnis denn auch bewies. So ineinander verannt haben sich die Kampfahne, daß sie nicht mehr über die Mauern ihres Parlamentsgebäudes hinaussehen und die Stimmung in der Bevölkerung wahrnehmen können. Seit dem Ende des Kalten Kriegs scheint Amerikas politische Elite autistisch geworden zu sein. Sie hat die Verbindung zur Realität verloren –